

# Mitbürger!

In wenigen Tagen werdet Ihr diejenigen Männer bezeichnen, aus deren Wahl die Abgeordneten für die zweite Kammer hervorgehen sollen, die Abgeordneten, welchen unser Vaterland seine Zukunft verdanken soll. Wollt Ihr eine Verfassung erlangen, welche nicht Wochen, nicht Monate, sondern viele, viele Jahre dauern soll und die auf Alle gleiche Rücksicht nimmt, auf die Reichen, die Hochstehenden, die Vielvermögenden, wie auf die Armen, Schwachen und bisher Unterdrückten? Wollt Ihr gute, brauchbare Gesetze, und daß ein Zustand hergestellt werde, in dem Ihr Euch wohl befindet, daß Euer Gewerbe der Schutz und die Freiheit werde, deren es bedarf? Wollt Ihr, daß Jeder im Staate gleich berechtigt sei und gleich verpflichtet, und daß es Niemand geben könne, der nicht sein Haupt erheben darf, als ein freier Mann? — Nun, wenn Ihr das wollt, so sorgt auch Selbst dafür, daß das, was Euch Noth thut, geschieht, daß es gleich geschieht! Wählt Euch Deputirte, welche Eure Rechte kräftig gegen jeden Angriff vertreten, Eure Bedürfnisse kennen und zur Geltung bringen, oder, da Ihr das nicht könnt, weil man Euch noch nicht für mündig genug hält, um solche Männer aufzufinden — wählt wenigstens Wahlmänner, welche nur solchen Deputirten ihre Stimme geben. Verlaßt Euch nicht auf Diejenigen, welche so lange für Euch zu sorgen berufen waren, auf die Männer, welche auf den Landtagen saßen oder sonst wo als Volksvertreter, weil sie reich und vermögend waren, auf die Beamten und Räte, die Euch helfen konnten. Sie haben nicht für Euch gesorgt und werden nicht für Euch sorgen; sie haben Ihre eigenen Interessen und werden sie vertreten, wie bisher. Sie haben noch jetzt die erste Kammer, für welche sehr Viele von Euch nicht wählen können, da sie kein Grundstück haben von 5000 Thlr. Werth und kein Einkommen von 500 Thlr. jährlich. Wenn Ihr Einen unter ihnen findet, dessen Herz für Euch schlägt und der es vor und nach dem 18. März bewiesen hat, den wählt; aber achtet nicht auf die Stellung des Kandidaten, sondern nur darauf, ob er Euer Bestes will und sich durch Niemanden davon abbringen lassen wird.

Es ist Euch in den letzten Wochen namentlich so oft von Vertrauen geredet worden. Ihr sollt vertrauen. Aber je größer die Versprechungen sind, welche man Euch gemacht hat, desto mehr habt Ihr auf gute Deputirte zu sehen, die dafür sorgen, daß die Versprechungen auch richtig und vollständig erfüllt werden, daß es nicht wieder einer kleinen, aber mächtigen Partei gelingt, sie zu vernichten.

Schon vor 38 Jahren, als Napoleon die preussische Regierung schwer bedrängte, sind Euch ganz ähnliche Versprechungen gemacht, auf deren Erfüllung wir bis jetzt vergeblich gewartet haben. Bereits in dem Edikt von 27. Octbr. 1810 wandte sich der verstorbene König an sein Volk und nachdem er „mit Nüchternheit die Beweise von Anhänglichkeit aller Klassen bemerkt,“ versprach er die gänzliche Umänderung des Abgaben-Systems nach gleichen Grundsätzen für die ganze Monarchie zu bewirken. „Unsere Absicht,“ sagt der verstorbene König, „ist hierbei keineswegs auf eine Vermehrung der bisher aufkommenen Steuern gerichtet, nur auf eine gleiche und verhältnismäßige Vertheilung auf alle Grundsteuerpflichtigen. Jedoch sollen alle Steuerbefreiungen wegfallen, die weder mit der natürlichen Gerechtigkeit, noch mit dem Geist der Verwaltung in benachbarten Staaten länger vereinbar sind.“ Ferner heißt es im Edikt vom 7. September 1811: „Die Grundlagen, auf welchen das im vorigen Jahre ausgesprochene Abgabensystem und die neuere Gesetzgebung beruhen: Gleichheit vor dem Gesetz, Eigenthum des Grund und Bodens, freie Benutzung desselben und Disposition über solches, Gewerbefreiheit, Aufheben der Zwangs- und Banngerichtlichkeiten und Monopole, Ertragung der Abgaben nach gleichen Grundsätzen von Jedermann, Vereinfachung derselben und ihrer Erhebung, — wollen wir keineswegs verlassen; Wir wollen vielmehr fortwährend auf solche bauen, da Wir sie für die heilsamsten für die uns anvertrauten Unterthanen aller Klassen halten u. s. w.“

Im Frühjahr 1815 war Napoleon aus seiner Verbannung auf Elba zurückgekehrt und drohte mit neuer Gefahr. Da machte man schnell neue Versprechungen. Am 22. Mai 1815 versprach der König eine Repräsentation (Vertretung) des Volkes in Berlin zu bilden. Die Kommission dazu sollte „ohne Zeitverlust“ und bis zum 1. September zusammentreten.

Nachdem Napoleon zum zweiten Male durch die Anstrengungen des Volkes besiegelt, sind da in den 33 Friedensjahren die gemachten Versprechungen erfüllt?

Die gänzliche Reform des Abgabensystems nach gleichen Grundsätzen für die ganze Monarchie sollte bewirkt werden. Die aus alten Zeiten herkommenden, von einander abweichenden und verschiedenartigen Grundabgaben bestehen aber heute noch. Erst am 26. Juli d. J. 1848 hat der Finanzminister bekannt gemacht, daß es nicht weniger als 120 verschiedene Arten von Grundsteuern allein in den östlichen Provinzen giebt, welche nach äußerst abweichenden Grundsätzen veranlagt und in weit auseinanderliegenden Zeiten entstanden sind. Dies Versprechen ist also nicht gehalten.

Die gleiche und verhältnismäßige Vertheilung der Steuer auf alle Grundsteuerpflichtigen auf kürzestem Wege ist versprochen. Derselbe Minister hat es aber an demselben Tage, wie es auch sonst allgemein bekannt ist, eingesehen müssen, daß in Pommern, in der Kur- und Neumark,

und in dem größten Theile von Sachsen die eigentliche Grundsteuer noch jetzt von den Bauergrundstücken allein, in Ostpreußen und Posen zum unverhältnismäßig größeren Theile, und in Westpreußen so aufgebracht wird, daß, wo der ablige Gutsbesitzer 25 zahlt, der Bauer 334 entrichten muß. In Schleßen endlich zahlt der Bauer 34, wo die Pfarrei-, Schul- und abligen Güter nur 284 abzugeben haben. Die versprochene gleichmäßige Besteuerung ist also noch nicht ausgeführt, der Bauer ist noch mit Steuern überlastet und das Versprechen noch nicht zur Wahrheit geworden.

Alle Steuer-Exemtionen (Befreiungen) sollten fortfallen, alle Grundstücke ohne Ausnahme und auch die Domanalgrundstücke sollten mit der Grundsteuer belegt werden. Noch heute zahlen die Rittergüter in der Kur- und Neumark, in dem Theile des Herzogthums Magdeburg rechts der Elbe, in Pommern und in den ehemaligen sächsischen Landes- theilen keine eigentliche Grundsteuer. Noch heute sind die Güter der Kirchen, Schulen und milden Stiftungen größten Theils von der Grundsteuer befreit. Auch dieses Versprechen ist unerfüllt geblieben.

Keine Erhöhung, sondern nur eine gleichmäßige Vertheilung, sagt der König, ist seine Absicht gewesen. Außerdem haben wir so oft und so wiederholt die Versicherung gehört, daß mit den Staatsgoldern, den Geldern des Volkes, auf das Sparsame gewirtschaftet werden sollte. Doch sehen wir zu, wie dieses Versprechen und diese Versicherung gehalten ist. Die Regierung hat von Zeit zu Zeit nicht die Rechnungen, sondern die Umschläge der Staats-Einnahmen und Ausgaben (Staatshaushalts-Stat) in der Gefesammlung bekannt gemacht. Die sämtlichen Staatseinnahmen, bei denen doch die Steuern die Hauptfache sind, haben nach diesen Bekanntmachungen 1821 nur 50 Millionen Thaler, oder nach der damaligen Bevölkerung ungefähr 4 Thlr. 10 Sgr. auf jeden Kopf (die Kinder mit eingerechnet) betragen. Die Bekanntmachung in der Gefesammlung giebt die Einnahmen für 1847 auf 84,033,679 Thlr. an. Später hat es sich indessen herausgestellt, daß die Einnahme in Wirklichkeit viel höher, nämlich 81,630,993 Thlr., also über 31 Millionen mehr als 1821 gewesen ist. Es kommen danach auf jeden Kopf (Kinder mit eingerechnet) ungefähr 5 Thlr., also 20 Sgr. mehr als früher, was bei einer Familie schon etwas ausmacht. Aber das ginge immer noch an, wenn die Ausgaben des Staates nicht noch mehr gestiegen wären. In diesem Frühjahr verlautete es plötzlich, daß der reiche Staatsschatz fort und die Staatskassen in schlechtem Zustande seien. Die Nationalversammlung ernannte daher eine Commission zur Prüfung der Finanzen. Nachdem dieselbe die Rechnungen eingesehen, sagt sie in ihrem Berichte, der eine große Zahl überflüssiger Ausgaben zum Luxus und an hohe Beamte aufzählt, zum Schlusse: „daß die Bedürfnisse in den letzten Jahren so gestiegen, fast in allen Zweigen der Verwaltung die Ausgaben sich so bedeutend vermehrt haben, daß die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht mehr zureichen. Dies sind die eigenen Worte der Commission. Es ist also falsch, wenn gesagt wird, daß die Geldnoth des Staates blos durch die Revolution vom März gekommen, da die frühere Verwaltung schon die Mittel der Staatskassen erschöpft hatte. Die Folgen davon sind neue Schulden und wahrscheinlich neue erhöhte Abgaben.“

Und jetzt Euch einmal die Steuern an, die Ihr zahlt, die städtischen sowohl als die Staatssteuern. Zuerst die Schlacht- und Mahlsteuer. Ihr gebt hier von dem Brod und Fleisch, das Ihr verzehrt, von dem Mehl, das Ihr verbraucht, von den Erbsen u. s. w., die Euer Mittagessen ausmachen. Wer viel davon verzehrt, zahlt die meiste Steuer. Der Reiche ist wohl Fleisch, und zum Theil Fleisch, das keine Steuern zahlt, Ihr aber desto mehr Brod. Eine Arbeiter- oder Handwerker-Familie von 5 Personen giebt in Berlin durchschnittlich 15 Thlr., oft 20 Thlr. Steuer jährlich, eine reiche etwa eben so viel oder doch wenig mehr. Ist das eine Besteuerung, welche alle „mit gleichen Schultern“ tragen? — Ebenso ist mit der Gewerbesteuer, die den Gewerbebetrieb hindert, so mit der städtischen Miethsteuer, so mit den Steuern, welche auf dem Kaffee, dem Zucker, auf alle dem liegen, was Euch aus dem Auslande zugeführt wird. Es giebt viele Steuern auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse, aber fast keine auf Gegenstände des Luxus.

Die Gleichheit aller Staatsangehörigen vor dem Gesetze ist versprochen. Bis vor acht Tagen bestand noch der eximirte Gerichtsstand, nebst den Patrimonialgerichten; bis vor Kurzem wurde eine Beleidigung gegen einen Adligen oder höhern Beamten härter als gegen einen gewöhnlichen Bürger oder Bauern bestraft, kam der Arme auf das Zuchthaus, wenn der Vornehme nur eine Festungsstrafe erhielt. Und jetzt, nach der neuen Verfassung kann nur der Reiche zur ersten Kammer wählen, kann nur der Reiche Geschworener sein; der Arme paßt dazu nicht, weil er arm ist. Die Gleichheit aller Staatsbürger ist daher keine Wahrheit geworden.

Man hat Euch später versprochen, die gewerblichen Verhältnisse zu regeln. Was hat man gethan? Man hat Euch eine Gewerbe-Ordnung gegeben, die ihr nicht brauchen könnt, die nicht einmal ausgeführt werden kann, weil die Regierung die Innungsstatuten noch nicht bestätigt hat; man hat Deputirte zu Räte gezogen, Gutachten eingefordert, wie man es jetzt vor den

Wahlen wieder thut; aber Alles bleibt beim Alten. Die Monopole sollten aufgehoben werden; sie bestehen fort. Freilich hat man den Salzpreis um 3 Pf. das Pfund herabgesetzt, aber noch immer müssen wir viermal so viel dafür zahlen, als es kosten würde, wenn der Staat das Salzmonopol aufgeben würde. Keinhlich ist mit anderen Monopolen. Und der Staat hat außerdem Gewerbe betrieben und betreibt sie noch; er hat Maschinenbau-Anstalten, Mühlen u. s. w. errichtet, und in den Gefängnissen eine Menge von Waaren angefertigt. Auch diese Versprechungen sind also nicht erfüllt.

In dem Edikte vom 30. Juli 1812 versprach der König eine neue Kommunalordnung für das ganze Land, nach welcher die Landgemeinden den Städten gleichgestellt werden sollten. Die einzelnen Gemeinden der Kreise sollten ihre Deputirten zu einem Kreisdirektorium wählen. Dieses Kreisdirektorium sollte alle das Kommunalverhältniß des Kreises betreffende Angelegenheiten verwalten, ja sogar die Finanz- und Kassenverwaltung von allen Staatseinkünften aus dem Kreise beaufsichtigen. Keine Klasse von Staatsbürgern sollte einen vorherrschenden Einfluß auf die öffentlichen Verwaltungen aller Art behalten, dieser vielmehr gleichmäßig vertheilt werden. Was ist aus diesen Versprechungen geworden? Die allgemeine Kommunalordnung für das ganze Land ist noch heute nicht zum Vorschein gekommen, die Kreisdirektionen sind nicht eingeführt, die gleiche Theilnahme aller Klassen von Staatsangehörigen ist nicht in Erfüllung gegangen. Also wieder ein unerfülltes Versprechen!

Als der König durch das Edikt vom 30. Oktober 1830 die geistlichen Güter einzog, versprach er eine reichliche Dotirung der Schulen. Ihr Schullehrer erzählt, wie das Versprechen der reichlichen Dotirung, wonach Ihr ein gutes Auskommen haben müßtet, gehalten ist.

Die Repräsentanten (Deputirte) des Volkes sollten 1815 ohne Zeitverlust nach Berlin zusammenberufen werden. Die Zusammenberufung der Vertreter des Volkes ist aber erst nach 33 Jahren und nachdem die Revolution vom März d. J. gekommen, erfolgt. Indessen auch diese Nationalversammlung ist wieder von der Regierung aufgelöst. Dafür hat der König die Verfassung mit den zwei Kammern gegeben, von denen die erste nur für die reicheren Leute da ist.

Die Versprechungen, welche damals, als man große Opfer von Volke verlangte, gegeben wurden, sind hiernach später in unglücklicheren Zeiten nicht erfüllt. Und wie ist es dem Volke dabei ergangen? Die kleineren Leute, der Mittelstand ist verarmt, und dafür sind einige reiche Leute noch reicher geworden. Jeder wird wohl unter seinen Bekannten Einzelne haben, die verarmt, Andere dagegen, die wohlhabender geworden sind. Aus solchen einzelnen Fällen läßt es sich indessen noch nicht beurtheilen, ob ganze Klassen ärmer oder reicher geworden sind. Dagegen führt die Regierung Listen, in welchen alle Bewohner des platten Landes und der kleineren Städte, wegen der Veranlagung der Klassensteuer, mit ihrem Vermögen, wie es abgeschätzt ist, eingetragen werden. Diese Listen hat das Königl. statistische Bureau in Berlin im vorigen Jahre zusammengestellt und drucken lassen. Daraus ergibt es sich, daß im Jahre 1821 unter den Landleuten und Bewohnern der kleinen Städte 3294 Leute waren, die ein Vermögen von 16,000 Thlr. bis 100,000 Thlr. und mehr besaßen. Im Jahre 1848 hatten sich diese reichen Leute auf 5474 vermehrt. Es sind also in den letzten 27 Jahren 2180 reiche Leute mehr geworden. Dagegen hatte sich der wohlhabendere Mittelstand, zu welchem noch die Leute gerechnet werden, welche 4000 Thlr. Vermögen haben, in den letzten 27 Jahren um 5791 vermindert. 1821 waren solcher Leute 84,768 und 1848 nur 78,977 vorhanden. Noch stärker ist die Verarmung bei dem kleineren Mittelstande gewesen, zu welchem selbst Leute mit 1400 Thlr. Vermögen gezählt werden. 1821 waren 533,954 und 1848 nur noch 457,861 solcher Leute vorhanden. Es waren also in dieser Zeit 76,093 Leute aus dem kleinen Mittelstande verarmt. Im Ganzen sind hiernach in den letzten 27 Jahren 2180 reiche Leute mehr geworden, dafür aber 81,884 Familien und Einzelne aus dem Mittelstande verschwunden. Für einen Reichen mehr haben wir jetzt über 37 Wohlhabende weniger. Der kleinere Landmann und Handwerker ist im tiefsten Frieden verarmt. Was haben jenem alle Separationen und Ablösungen, was den Handwerkern die Gewerbefreiheit geholfen, wenn sie dessen ungeachtet ärmer und elender als nach den Kriegsjahren sind?

Und ist das Verarmen und Herunterkommen des kleineren unabhängigen Landmanns, des Handwerkers nicht natürlich, so lange nicht besser für ihn gesorgt wird? Der Reiche, der große Grundbesitzer hat schon darum, weil er mit großen Kapitalien wirtschaftet, viele Vortheile vor ihm voraus. Nun wird der kleinere Mann aber auch noch mit Steuern überlastet. Der größere Grundbesitzer findet bei den landschaftlichen Kreditanstalten, wenn er dessen bedürftig ist, Geld zu billigen Bedingungen, ebenso der Fabrikbesitzer bei den Darlehnskassen. Auch erhält er wohl Vorschüsse und Unterstützungen aus der Staatskasse.

Berlin, 15. Januar. 1849.

A. Klein. S. Henning. A. Wegener. F. W. Nieß. C. G. Wanser. N. Knecker. Dubitzky.

A. Berke. Fomm. S. Dungs. Schröder. G. Mittelhaus. Pfugl. Ladendorff. Mischke.

W. Dungs. S. Nunge. S. Krause. Reichert. G. Straub. A. Spangl. L. Linke.

L. Schumann.

Für den Kredit des Handwerkers ist noch nirgend genügend gesorgt. Braucht er Geld, so fällt er meist harten Gläubigern anheim. Erst in neuester Zeit ist durch volksthümliche Männer die Errichtung von Darlehnskassen und Vorschuß-Vereinen im Wege der freien Vereinigung durchgesetzt worden, aber ohne daß ihnen von Seiten des Staats irgend eine Unterstützung zu Theil geworden wäre, und doch immer nur mit schwachen Kräften.

Auch ist es natürlich, daß die Regierung bei der Verwaltung des Staats die vielfache Gelegenheit dazu darbietet, den höheren Klassen, den Reicheren, manche Vergünstigung zukommen läßt. Die Minister und sonstigen hohen Beamten, die darüber zu entscheiden haben, gehören den vornehmen Ständen an. Wenn auch ein Mal ein Minister armer Leute Kind ist, so hat er es wohl, bis er Minister geworden, längst vergessen. Ohne an die Anstellungen und Beförderungen im Militär- und Civil-Dienste zu denken, soll hier nur ein Beispiel, das der Domainenverwaltung angeführt werden. Die Domainen ohne die Forsten tragen alle Jahre mehrere Millionen ein. Es sind also große, schöne Besitzungen. Der Staat verpachtet sie, aber, so weit sie noch nicht parzellirt sind, nicht in einzelnen kleineren Grundstücken und Parzellen, sondern im Großen. Es sind immer große Landgüter. Der ärmere Mann kann nun nicht der Pächter eines großen Gutes werden. Es fehlt ihm das Geld zur Kaution, zum Inventarium und zu den Betriebskosten. Darum bleiben für die Pachtungen der Domainen nur die größeren, reicheren Landwirthe übrig. Von diesen besitzen aber die Meisten eigene Güter, mit denen sie genug zu thun haben. Es bleiben also im Verhältniß sehr Wenige übrig, die im Stande sind, die Domainen zu pachten. Diese Wenigen haben kein Interesse, sich bei der Pacht wechselseitig in die Höhe zu treiben. Sie bekommen also die großen Güter für eine verhältnißmäßig sehr niedrige Pacht. Wenn aber der kleine Mann etwas pachten will, muß er es theuer bezahlen. Aus Sachsen machten in diesem Sommer mehrere Dorfschaften eine Eingabe. Sie stellten in ihrem Schreiben vor, daß die Domainen-Pächter der Staatsdomainen Helfta und Wimmelburg nur eine Pacht von durchschnittlich 2 Thlr. für den Morgen zahlten. Diese Domainenpächter verpachteten denselben Acker zum Theil weiter an kleine Leute zum Kartoffelbau. Die kleinen Leute mußten ihnen aber bis 13 Thlr. Pacht für den Morgen zahlen. Die sehr reichen Domainenpächter steckten also 11 Thlr. für jeden Morgen von den kleinen Leuten in die Tasche. Die Bauern hatten Alteste von den Schulenämtern beigefügt. Die Sache kam vor das Ministerium. Und was that der Herr Minister? Es war in diesem Sommer 1848. Er antwortete ganz kurz, daß es beim Alten bleiben müsse.

Wollt Ihr noch ein Beispiel? In dem amtlichen Berichte der Commission zur Prüfung der Finanzverwaltung steht wörtlich: Specialrechnung VII. Haupt-Extraordinarium.

8) Zur Beförderung der Uebersiedelung von Arbeiterfamilien aus dem südlichen Landestheile nach den Provinzen Preußen, Posen und Pommern sind angelegt 1000 Thlr.

9) Kommandirender General Graf zu Dohna in Königsberg, der 12,000 Thlr. Gehalt hat, Beihilfe, jährlich 2000 Thlr.

11) Familie des verstorbenen General von Grolmann Geschenk zur Errichtung eines Familienfideikommisses 26,250 Thlr.

12) Oberpräsident Böttcher außerordentliches Geschenk 3000 Thlr.

Zur Uebersiedelung der armen Arbeiterfamilien also nur 1000 Thlr.! Für die vornehmen Herren zum Geschenke 26,000 Thlr., 2000 Thlr. jährlich und 3000 Thlr. neben den hohen Gehältern. Außerdem allein 43,511 Thlr. für die Orden, 12,322 Thlr. für Baulichkeiten eines Jagdschlusses, 139,734 Thlr. für Einrichtung des Schlosses in Coblenz. Das sind nur einzelne Beispiele. Man kann daraus aber wohl abnehmen, wie mit dem Gelde, das doch hauptsächlich der kleine Mann aufbringt, gewirtschaftet wird.

Wenn auf solche Weise dem ärmeren Manne genommen und dem Reichen gegeben wird, muß dann der Mittelstand nicht verarmen?

Aber wie ist das besser zu machen? Daß Versprechungen, wenn sie nicht richtig erfüllt werden, Euch nichts helfen, habt Ihr schon erfahren. Es sind Euch jetzt wieder schöne Versprechungen gemacht. Seht also darauf, daß sie auch wirklich und richtig erfüllt werden. Und dazu ist es, wie ich Euch schon gesagt habe, nöthig, daß Ihr treue und sichere Deputirte wählt, die für Euch sprechen und handeln. Eure Deputirte dürfen nicht nur schöne Worte vor Euch machen und dann in der Kammer immer „ja“ sagen. Das bringt ihnen vielleicht Orden und Aemter, Euch aber nichts ein. Solche Deputirte braucht Ihr nicht. Habt Ihr aber gute Deputirte gewählt, dann haltet fest an ihnen, damit sie etwas für Euch ausrichten können. Hört auf die Verdächtigungen nicht, sondern urtheilt selbst. Nur wenn Ihr Eure Deputirten habt, die für Euch sorgen, nur dann könnt Ihr vertrauen. Wenn das nicht der Fall ist, bringt Euch Euer Vertrauen zurück und in Schaden. Seid also auf Eurer Hut! Ihr wählt dieses Mal die Deputirten zur zweiten Kammer auf drei und zur ersten auf sechs Jahre.

Urwähler im 71. Stadtbezirk.